

3.2.2020

Bewertung des You-Tube-Beitrages von Alexander Neumann

„Nitrat: Messnetz ist nicht repräsentativ (Video) - Der Autor kommt zur Schlussfolgerung, dass die Landwirte zum Sündenbock gemacht werden.“ Veröffentlicht am 17.01.2020 auf You-Tube und als Artikel in SUS (Schweinezucht und Schweinemast), 06/2019

Der Autor und Agraringenieur Alexander Neumann suggeriert mit isoliert betrachteten Zahlen, Fakten und Vorgängen, dass eine weitere Verschärfung der Düngeverordnung nicht notwendig ist. **Diese suggestive Irreführung der Öffentlichkeit lehnt der BDEW ab.**

Viele Aussagen sind schlichtweg falsch oder suggestiv irreführend. Dies soll an folgenden Beispielen verdeutlicht werden:

- **Die Aussage, dass Deutschland verklagt wird, ist falsch ebenso wie die Ablehnung einer Änderung der Düngeverordnung.** Deutschland wurde verklagt und nach einem mehrjährigen Verfahren vom EuGH **bereits verurteilt** und **muss** jetzt die EU-Nitratrichtlinie umsetzen und damit die Düngeverordnung ändern.
- **Falsch** ist auch die wiederholte Feststellung, dass die Forderung nach einer Änderung der Düngeverordnung auf **fehlerhaften alten Daten, unzureichendem Messnetz, ungeeigneten Messstellen und der überholten alten Düngeverordnung** beruhen. Bis zur Verurteilung Deutschlands wurde sämtliche in der Zwischenzeit gelieferte **neue Angaben von deutscher Seite**, d.h. neue Messstellen, neue Messstellennetze, neue Messergebnisse, neue Verordnungstexte usw. einbezogen. Das EuGH-Urteil stellte eindeutig fest, dass die zwei Rügen der EU-Kommission, d.h. die unzureichende Umsetzung der Inhalte der EU-Nitratrichtlinie und die fehlende Ausweisung der Gebiete nicht bzw. unzureichend umgesetzt wurden.
- Auslöser der Nitratrichtlinie waren im Gegensatz zum You-Tube-Beitrag **tausende nachgewiesene Nitratüberschreitungen im Grundwasser und Trinkwasser der Europäischen Union.** Diese Nitratbefunde im Grund- und Trinkwasser gingen auf die Landwirtschaft zurück und daher wurde die Richtlinie auch mit dem Zusatz „zum Schutz vor Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen“ verabschiedet. Das im Beitrag angeführte Robbensterben dagegen wurde insbesondere durch einen Staupevirus ausgelöst. Die Verschmutzung der Nord- und Ostsee verschlimmerte die Situation für die erkrankten Tiere. Die **Eutrophierung** ging insbesondere auf Phosphat- und Nitratreinträge aus Waschmitteln, Kläranlagen und der Landwirtschaft zurück. Während Phosphate in Waschmitteln und Nitrat und Phosphate aus Kläranlagen mit einem Milliardenaufwand von der Waschmittelindustrie und den Abwasserentsorgern in den letzten zwanzig Jahren drastisch reduziert wurden, **fehlen bis heute verbindliche rechtliche Regelungen** und Maßnahmen zur **Reduzierung des Phosphateintrages der Landwirtschaft** – sowie die vollumfängliche Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Die EU-Vorgabe zur Ausweisung der phosphatbelasteten Gebiete in Deutschland wurde auch bisher nicht umgesetzt.

- Die Erklärungen zu unterschiedlichen Messstellen mit Blick auf die oberflächlich angebauten **Kulturen** oder die Bebauung sind irreführend und lassen die Grundwassersituation, d.h. das Vorkommen und die Betroffenheit der einzelnen **Grundwasserstockwerke völlig außer Acht**. Die Ergebnisse der Messstellen können sich in kurzer Entfernung deutlich unterscheiden, wenn unterschiedliche Grundwasserstockwerke betroffen sind.
- Die Kritik an den von Deutschland gewählten oberflächennahen Messstellen ist irreführend. Dies **konterkariert die Zielsetzung der EU-Nitratrichtlinie**. Diese basiert auf dem Vorsorgeprinzip. Es werden oberflächennahe Messnetze gefordert, um bei festgestellten Nitratbelastungen rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können, die Belastungen weiterer Grundwasserstockwerke vermeiden.
- Entgegen der Darstellung im Beitrag wurden die **Messnetze und die Anzahl und Auswahl der Messstellen** von BMEL und BMU in Absprache mit den Ländern festgelegt und **wiederholt angepasst bzw.** geändert. Das bestehende „Nitratmessnetz“ wurde von der Anzahl der Messstellen deutlich erweitert und von Deutschland als repräsentativ gegenüber der EU-Kommission vertreten. Trotz der Erweiterung blieb es bei rund 24 Prozent Nitratgrenzwert-Überschreitungen im Grundwasser. Diese Ergebnisse decken sich mit dem größeren deutschen Messnetz für das Grundwasser (6000 Messstellen) nach der EU-Vorgaben.
- Das deutsche Grundwassermessnetz enthält auch die im Beitrag für Österreich aufgezeigten **Nitratdaten in verschiedenen Tiefen**. Diese werden also auch in Deutschland – entgegen der Suggestion im You-Tube-Beitrag- im Rahmen des Grundwassermessnetzes erhoben. Im Rahmen der aktuellen Diskussionen zum Messnetz in Bayern wurde laut Zeitungsberichten eine Verdoppelung auf 1500 Messstellen vorgeschlagen, damit korrekte Ergebnisse geliefert werden könnten. Behördliche Experten bestätigten, dass mehr Messstellen beweisen würden, dass Bayern ein Nitrat-Problem hat.
- Der Beitrag **suggeriert eine allgemeine Betroffenheit der Landwirtschaft. Dies ist falsch im Hinblick auf nitratgefährdete Gebiete**. Erstens ist nicht die gesamte Bundesfläche von Nitratüberschreitungen betroffen. Zweitens haben die Länder im Einvernehmen mit dem Bund auf Grundlage ihrer Landesdüngeverordnungen die nitratgefährdeten Gebiete nur sehr begrenzt und laut EU-Kommission unzureichend ausgewiesen. Verschärfte Maßnahmen sollen laut BMEL nur in den ausgewiesenen Gebieten gelten.
- Im Beitrag stützt sich auf **Vermutungen ohne Nachweise** vorzulegen. So wurde beispielsweise bei einer Messstelle Pferdemit – ohne konkreten Nachweis - als Ursache der Nitratbelastung suggestiv vermutet und als Lösung angeregt, diesen einfach weiter zu verteilen. Ein konkreter Nachweis für diese Ursache der Nitratbelastung wurde nicht vorgelegt. Die Verpflichtung, dass die Pferdewirtschaft als Teil der Landwirtschaft ordnungsgemäß mit dem Pferdemit umgehen muss, wurde auch nicht aufgezeigt. Die vom Autor empfohlene Lösung ist kritisch zu hinterfragen, denn die Akzeptanz für Pferdemit als Dünger in der Landwirtschaft sinkt, da gerade Pferdemit neben Nitrat besonders viele Tier-Antibiotika enthalten kann, die weitere Gefährdungen für das Grundwasser hervorrufen können.